



## Editorial

Die Politik in Europa will bei der Regulierung der Banken und Finanzmärkte Handlungswillen demonstrieren. Nahm man im Jahr 2009 schon Banker-Boni, Rating-Agenturen und Derivate an die Leine, haben die EU-Finanzminister jüngst den Aufbau europäischer Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiermärkte beschlossen. Grundsätzlich ist eine Zentralisierung von Aufsichtskompetenzen auf europäischer Ebene angemessen. Finanzinstitute werden nicht durch Staatsgrenzen eingeschränkt und verteilen Geschäftsteile, auch in Reaktion auf nationale Aufsichtsunterschiede, auf die für sie günstigsten Länder. Zudem haben die nationalen Aufsichtsbehörden in der Krise auf Probleme im Finanzsektor nicht immer angemessen reagiert, auch weil sie deren ganzes Ausmaß nicht erfassen wollten oder konnten.

Aber ist allein deswegen der Beschluss zu begrüßen? Die neuen EU-Behörden ersetzen nicht die entsprechenden Einrichtungen in den 27 Mitgliedsländern – allein in Deutschland sind für die Bankenaufsicht drei unterschiedliche Institutionen (BaFin, Bundesbank und die Bankenverbände) verantwortlich. Zu befürchten ist daher, dass sich der Koordinierungsbedarf künftig sogar noch vergrößert, erschwert durch zusätzliche Interessenkonflikte. Auf dem Feld der Geldpolitik wurde dieses Problem mit der Zuweisung der Verantwortlichkeit an eine unabhängige Zentralbank gelöst. Die künftige EU-Aufsicht ist nicht unabhängig und soll nationalen Behörden vor allem Standards für das Tagesgeschäft setzen und in Notsituationen einschreiten, aber nur, wenn in der EU Einvernehmen über einen solchen Notstand besteht. Zur Erinnerung: Im Spätsommer 2007 wäre ein solches Einvernehmen wohl noch nicht zustande gekommen.

Erst gar nicht thematisiert wird die Zusammenlegung der Aufsicht von Banken, Versicherungen und Wertpapiermärkten. Informationen über diese müssen also weiterhin getrennt gesammelt sowie aufbereitet und dann wechselseitig verfügbar gemacht werden. Dabei wird es wiederum auf eine funktionierende Kooperation zwischen den Behörden ankommen; nach den bisherigen Erfahrungen sollten auch hier die Erwartungen nicht zu hoch gesteckt werden. Der vorliegende Beschluss deutet vor allem auf einen politischen Kompromiss, der den Anforderungen an Transparenz, Regulierung und Aufsicht im Finanzsystem nur unzureichend gerecht wird.

*Diemo Dietrich*  
*Leiter des Forschungsschwerpunktes Finanzmärkte und Banken*